

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33 327. Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags ½5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: frei Haus monatlich 1,85 RM. (einschl. Trägergeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. einschl. Postgeld. — Einzelnummer 10, mit illustrierter 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Auingiechhübel, Kleinhennerdorf, Kruppen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilk, Schöna, Waltersdorf, Wendischjähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Inh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreis Kürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 115

Bad Schandau, Donnerstag, den 19. Mai 1932

76. Jahrgang

Keine falschen Rückschlüsse!

Frankreich nach den Wahlen und die Lösung der großen internationalen Fragen. — Kein neuer Silberstreifen!

Von Dr. Ernst Koloff.

Der Ausgang der französischen Wahlen entspricht im großen und ganzen den Voraussetzungen, wie sie bereits zu Beginn dieses Jahres nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern öffentlich zum Ausdruck gelangt waren. Glaubte man zwar in manchen Teilen des Auslandes in dem Wahlergebnis vom 1. Mai noch einen gewissen Erfolg der bisherigen Regierung und der hinter ihr eine Zeitlang vereinigten Mehrheit erblicken zu können, so bewies das Gesamtergebnis vom 8. Mai klar und eindeutig, daß Lardieus Kabinett es nicht verstanden hat, sich die zur Weiterführung der Regierungsgehalte erforderlichen Sympathien der französischen Wählermassen zu verschaffen.

Wenn nicht alle Vorseichen trügen, wird das Kabinett Lardieu also durch ein Kabinett Herriot abgelöst werden. Außer dem Ministerpräsidenten Herriot werden dem neuen voraussichtlich Männer wie Leon Blum, Chautemps, Daladier und — als Außenminister — der stärkste Saboteur der Abrüstungskonferenz, der frühere Marxist Paul-Boncour, angehören. Wir Deutschen haben nicht den geringsten Grund, uns dieser Entwicklung in Frankreich zu freuen. Es ist noch sehr die Frage, ob beispielsweise eine so wendige Persönlichkeit wie der „gute Europäer“ und „Erfüllungspolitiker“ Briand und Herriot, der sich so gern aller möglichen humanitären Phrasen im Umgang mit den Diplomaten anderer Staaten bedient, uns und der Sache der deutsch-französischen Verständigung wie des Weltfriedens mehr genügt haben als die brutale Offenheit eines Poincaré oder Lardieu! Tatsache aber ist, daß gerade die deutsche Öffentlichkeit von den Völkerverbündungsreden französischer Linksblätter schlimmer getäuscht und in eine verhängnisvollere Sicherheit gewiegt wurde als durch die noch so deutschfeindlich geäußerten Charivari-ist jeglicher Färbung. Von dem neuen französischen Ministerpräsidenten wissen wir mit Bestimmtheit, daß er in Fragen der französischen „Sicherheit“ ein genau so „glühender Patriot“ ist wie Poincaré mit seinem chauvinistischen Anhang und daß er an der Beibehaltung des Youngplans, so lange dieser Frankreich auf Kosten Deutschlands finanzielle Vorteile bietet, mit einer an Verbortheit grenzenden Zähigkeit festhält. Wie war es doch, als im Sommer 1924 Herriot mit MacDonald im Grafe von Chequers lag und dort Heißbotchaften über allgemeine Völkerverbündung entwarf? Er hatte damals doch über den „Militaristen“ Poincaré gestiftet und befand sich im Besitz der französischen Regierungsmacht. Als er seine in Chequers gemachten Beteuerungen verwirklichen sollte, da streifte er einfach: „Ich kann nicht anders, ich darf nicht, ich muß an meine Opposition denken, sie jagen mich fort, wenn ich nicht gehorche.“ Und wenn wir schon heute aus Paris den gleichen politischen Schlagler heruntergeliebert hören, daß die Opposition der neuen Regierung das Leben höllisch sauer machen wird, daß mit einem erbitterten Kleinkrieg der französischen Schwerindustrie gerechnet werden muß, dann sehen wir Herrn Edouard Herriot im Geiste schon wieder mit verzweifelter Gebärde abwinken, wenn es sich wieder einmal darum handelt, auch nur eine einzige feiner in humanitärer Aufwallung gemachten Zusagen wahr zu machen. Bergegenwärtigen wir uns schon jetzt jene Worte, die Herriot, der Völkerverbündende, damals sprach: „Es ist in Chequers keinen Augenblick davon die Rede gewesen, die französische Handlungsfreiheit anzugeben. Wir geben keine der Sicherheiten preis, die wir uns in Versailles verschafft haben...“ Versprechungen, die man uns gibt, werden uns nicht genügen, die neue französische Regierung übernimmt in dieser Frage ohne jede Einschränkung die Erklärungen ihrer Vorgängerin...“

Diese und ähnliche Äußerungen linksgerichteter Staatsmänner in Paris stellen uns Deutschen doch endlich die Augen darüber öffnen, daß wir von einer französischen Linksregierung vorläufig kein Zota mehr an wirklichen Zugeständnissen erwarten dürfen als von einer mehr rechts gerichteten. Eine folgerichtige, das heißt in der Wahl ihrer Mittel gegenüber Deutschland verhältnismäßig engherzige Politik zu treiben, war seit Kriegsende das Bestreben jeder französischen Regierung, wie immer auch sie zusammengesetzt sein mochte. Ein Anhänger Poincarés als Nachfolger des ermordeten Staatspräsidenten Doumer wäre — um nur ein konkretes Beispiel zu nennen — durchaus denkbar trotz einer Linksregierung in Frankreich! Nach den Bestimmungen der französischen Verfassung geht bekanntlich infolge des Todes des Staatspräsidenten die Ausübung der Vollzugsgewalt interimistisch auf den Präsidenten des Senats über, und dieser Präsident, der Lotharinger und Anhänger Poincarés, Albert Lebrun, hat inzwischen unbekümmert der Wahlerfolge der Linksparteien die ihm angetragene Präsidentschaftskandidatur angenommen.

Es erscheint jedenfalls undenkbar, daß insbesondere das kommende Kabinett Herriot zu den großen noch der Lösung harrenden internationalen Fragen eine grundsätzliche andere Stellung einnehmen wird als die bisherigen französischen Regierungen. Wie Lardieu wird somit Herriot versuchen, die Abrüstungsfrage mindestens bis zum Zeitpunkt der Lan-

jammer Frage ungelöst in der Schwebe zu erhalten, um dann zu geeigneter Zeit gegenüber den Forderungen Deutschlands eine Frage gegen die andere auszuspielen zu können. Daß diese französische Verzögerungstaktik gelingen wird, steht heute außer jedem Zweifel, und der Name Paul-Boncour's birgt insbesondere dafür. Mit einer Selbstsucht fonderaleichen verfolgen die französischen Staatsmänner, aus wel-

chem politischen Lager sie auch kommen mögen, ihre imperialistischen und hegemonialen Ziele in Europa und der Welt. An eine Befestigung der allgemeinen Weltnot kann deshalb nicht eher gedacht werden, bevor Frankreich in allen entscheidenden Fragen der internationalen Politik und Wirtschaft seine egoistischen Bestrebungen zuunsten der zur Wohlfahrt aller Länder und Völker zurückstellt.

Um die Arbeitsbeschaffung

Berlin, 19. Mai.

Das Reichskabinett hat sich in seiner gestrigen Sitzung vor allem mit der Frage der Arbeitsbeschaffung befaßt. Wie wir hören, ist dabei die finanzielle Seite des Problems im großen und ganzen geklärt worden.

Am Anschluß an die Kabinettsitzung empfing der Reichsfanzler im Beisein der zuständigen Ressortminister Vertreter der Gewerkschaften zu einer längeren Aussprache.

Noch immer kein klares Programm.

Berlin. Zu den Beratungen des Reichskabinetts, an denen außer dem Oberbürgermeister Dr. Goerdeler auch General v. Schleicher teilnahmen, berichtet die „Völkische Zeitung“ ergänzend, daß das Kabinett jetzt übereingekommen sei, jede Zusammenlegung der einzelnen Fürsorgearten für die Arbeitslosen vorläufig zu vermeiden, zumal die dadurch zu erwartenden Ersparnisse im Reichsarbeitsministerium als verhältnismäßig gering veranschlagt würden. Ferner sei es eine Tatsache, daß trotz größter Anstrengungen des Kabinetts die Beratungen über die entscheidenden Fragen des Reichshaushaltes und der Arbeitslosenhilfe noch an dem Punkte stünden, wo sie seit Wochen gestanden haben. Ueber die Durchführung der Siedlung führen das Ostkommissariat (Schlange-Schönungen) u. das Reichsarbeitsministerium (Ziegerwald) einen heftigen Meinungskampf, ohne daß es gelungen sei, die Frage der Zuständigkeit befriedigend zu klären, geschweige denn zu einer vernünftigen Gesetzesvorlage zu kommen. Neuerdings scheinen sich auch bei der Prämienanteile neue Schwierigkeiten ergeben zu haben.

Teilkompromiß im Reichskabinett.

Berlin. Wie die „M.Z.“ aus der Reichsregierung nahe stehenden Kreisen erfährt, soll es bei den Kabinettsberatungen am Mittwoch gelungen sein, über die Finanzierung, die bisher unlösbare Schwierigkeiten bereitet hatte, eine grundsätzliche Einigung herbeizuführen. Es werde allerdings zugeworfen, daß einige Differenzpunkte noch offen seien, die in den nächsten Tagen bereinigt werden sollen. Der überraschende Fortschritt vom Mittwoch werde vor allem auf zwei Hauptbesprechungen zurückgeführt, die Mittwoch nachmittags stattgefunden haben. Worin die erzielte Einigung bestehe, werde natürlich von den amtlichen Stellen vorläufig nicht gesagt. Es liege aber nahe, sie auf der Linie zu suchen, die bereits durch die Vorschläge der Gewerkschaften bekannt geworden sei: Ausdehnung der Strafensteuer und Beibehaltung der Bürgersteuer. Das würde im wesentlichen eine Hilfe für die Gemeinden bedeuten, denen dafür vermutlich die Verpflichtung auferlegt werden dürfte, für künftige reibungslose Abwicklung ihrer Anlieberpflichtungen zu sorgen. Die Restarbeiten zur Ausführung der im Kabinett vereinbarten Grundzüge würden noch eine Reihe von Tagen in Anspruch nehmen. Nach anderen Informationen ist, wie die „M.Z.“ weiter berichtet, die am Mittwoch erzielte Einigung überhaupt nur auf einen Teil der

Für eilige Leser.

* Der Ausfuhrüberschuß im deutschen Außenhandel ist von 152 Millionen im März auf 45 Millionen im April zurückgegangen, und zwar sowohl infolge Steigerung der Einfuhr einerseits und eines Rückgangs der Ausfuhr andererseits. Soweit bisher festzustellen ist, war für die Entwicklung der Gesamtausfuhr vor allem der Rückgang der Ausfuhr nach Großbritannien und Rußland entscheidend.

* Entgegen anderslautenden Gerüchten wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß in der Frage der Nachfolgerschaft des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes noch keine Entscheidung getroffen ist.

* Die französische Abordnung auf der Genfer Abrüstungskonferenz, die sich längere Zeit in Paris aufgehalten hatte, ist unter Führung des ständigen französischen Vertreters beim Völkerbund, Paul Boncour, wieder nach Genf zurückgekehrt.

* Der russische Außenkommissar Litwinow hat den deutschen Botschafter v. Dirksen empfangen und hatte mit ihm eine längere Unterredung über verschiedene politische Fragen.

* Der Sekretär des amerikanischen Schachamtes Loden Mills erklärte, daß die Regierung gegen die Annahme der Goldboronah-Will ist, wonach die Vereinigten Staaten vom Goldstandard abgeben sollen. Er erklärte ferner, daß auch das Federal Reserve Board gegen die Annahme dieses Gesetzesvorschlages sei.

zur Debatte stehenden Fragen beschränkt geblieben. Ueber die anderen Fragen werde weiter verhandelt. Der Fortschritt vom Mittwoch hat danach nur den Charakter eines grundsätzlichen Kompromisses, von dem aus man zu einer Lösung der Gesamtfragen zu gelangen hoffe. Dem Vernehmen nach seien auch Besprechungen Dr. Brünnings mit Vertretern der Arbeitgeber und des Handwerks vorgesehen.

Der Reichsbund der höheren Beamten an den Kanzler.

Berlin. Der Reichsbund der höheren Beamten hat an den Reichskanzler folgende Drabingung gerichtet: Die Beamtenschaft beobachtet mit steigender Sorge die Bestrebungen einflussreicher Interessengruppen, auf die künftigen Beratungen durch informiert erscheinende Pressekonferenzen Einfluß zu gewinnen und die Reichsregierung auf den Weg einer neuen besonderen Belastung der Beamten zu bringen. Die scharfen Dementis, die die Reichsregierung vor den Wahlen gegen jede Nachricht von bevorstehenden Gehaltskürzungen richtete, sind von der Beamtenschaft nicht vergessen worden. Die Staatsautorität müßte einen empfindlichen Schlag erleiden, wenn trotz dieser wiederholten Zusicherungen eine neue, irgendwie geartete Belastung der durch vier Gehaltskürzungen schwer betroffenen Beamtenschaft zur Tatsache würde.

Kanzler-Bericht über Genf

Berlin, 19. Mai.

In der nächsten Woche beginnt in den Ausschüssen des Reichstages die Arbeit wieder. Als erster scheidet der Haushaltsausschuß am Montagmittag. Er beschäftigt sich zunächst mit den Anträgen der Oppositionsparteien, die die Außerkräftsetzung aller oder einzelner Notverordnungen verlangen. Dann folgen Anträge, die eine Änderung von Notverordnungen vorsehen. Wann der Ausschuß mit der Beratung des neuen Haushaltsplans beginnen kann, steht noch dahin, da der Etat bekanntlich noch nicht im Reichskabinett verabschiedet ist.

Für Dienstag, den 24. Mai, vormittags 11 Uhr, ist nunmehr auch der Auswärtige Ausschuß von seinem Vorsitzenden, Abg. Dr. Fricke (Nat.-Soz.), einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht „Bericht des Reichskanzlers und Reichsaußenministers über die Genfer Verhandlungen, Tribute, ausländische Schulden, Abrüstung, Memelland, Danzig“.

Am Mittwoch wird u. a. auch der Handelspolitische Ausschuß wieder zusammentreten, auf dessen Tagesordnung eine Aussprache über die handelspolitische Lage steht.

Der kommunistische Antrag auf Einberufung des Reichstages abgelehnt.

Berlin. Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte bekanntlich den Antrag gestellt, den Reichstag zur Erledigung der noch ausstehenden Abstimmungen über die Mißtrauensanträge usw. für Donnerstag den 19. Mai einzuberufen. Wie wir erfahren, ist der kommunistischen Reichstagsfraktion jetzt vom Reichstagsbüro mitgeteilt worden, daß nach dessen Berechnungen hinter diesem Antrag nicht das für die Einberufung erforderliche Drittel der Zahl aller Reichstagsabgeordneten stehe, so daß der Antrag als abgelehnt gelten müsse.

Für die Ablehnung des Antrages auf Einberufung des Reichstages zum 19. Mai war, wie wir erfahren, in erster Linie die vom Reichstag schon in der letzten Plenarsitzung vertretene Ansicht maßgebend, daß das von den Oppositionsparteien angeführte bekannte Urteil des Staatsgerichtshofes sich nur auf Preußen bezieht und dementsprechend für den Reichstag nicht bindend sein kann. Es erscheint sehr fraglich, ob die Parteien der Opposition angesichts dieser grundsätzlichen Einstellung des Reichstagspräsidenten in nächster Zeit erneut den — zur Zeit aussichtslosen — Versuch machen werden, die sofortige Einberufung des Reichstages zu erzwingen. Wahrscheinlicher ist, daß sie den Staatsgerichtshof anrufen werden, um durch diesen einen endgültigen Entscheid über die schon seit langem unstrittene Frage herbeizuführen, ob ein Drittel der Reichstagsmitglieder den Zusammentritt des Reichstages verlangen kann oder nicht.

Frankreich besetzt das Semgatabiet.

Wie aus Rabat berichtet wird, haben die französischen Truppen das bisher nicht unterworfenen marokkanische Gebiet Semgat, nördlich von Dschebel Tabighust, besetzt. Die Eingeborenen versuchten Widerstand zu leisten, der jedoch schnell gebrochen wurde.